

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Ein vernichtendes Urteil über den Transrapid fällen aus technologischen, finanziellen, energiepolitischen und exportpolitischen Gründen **Hermann Scheer MdB** und **Robert Antretter MdB**.

Seite 1

Die Bundesregierung unterwirft sich den Arbeitgebern und überläßt die arbeitslosen Jugendlichen dem Markt, klagt **Ralf Walter MdB**.

Seite 3

Eine arbeitsmarktpolitische Initiative einer SPD-geführten Bundesregierung kündigt **Adi Ostertag MdB** an.

Seite 3

49. Jahrgang / 76

25. April 1994

Transrapid - Quantensprung in ein Milliardengrab falscher Technologieförderung

Es gibt ökologisch wesentlich wichtigere und ökonomisch wesentlich realistischere technologische Herausforderungen

Von **Hermann Scheer MdB**

Mitglied des SPD-ParteiVorstands und
Robert Antretter MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages
und Mitglied des SPD-ParteiRats

Die Bundesregierung und die Mehrheitsfraktionen im Bundestag haben entschieden, 5,6 Milliarden DM für den Bau der 300 km langen Transrapid-Strecke von Berlin nach Hamburg auszugeben. Gleichzeitig soll eine Risikoabdeckung des privatfinanzierten Betriebs des Transrapid übernommen werden, falls dieser zu Verlusten führt.

In wenigen Wochen fällt die Entscheidung, ob der Bundesrat zustimmt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat das Projekt abgelehnt, allerdings aus unterschiedlichen Motiven. Während ein Teil das konkrete Projekt Berlin-Hamburg für ungeeignet hält, hat ein anderer Teil generelle Bedenken, ob es sich hierbei um eine richtige Prioritätenentscheidung handelt. Der Druck auf Landesregierungen ist enorm, diesem Projekt im Bundesrat zuzustimmen. Die Entscheidung wird hochgespielt zu einer Schlüsselentscheidung über den Technologiestandort Deutschland, zu einer Frage "Technologiefreundschaft" oder "Technologiefreundlichkeit" - da der Transrapid doch ein "technologischer Quantensprung" sei, der bei uns als Referenzprojekt gebaut werden müsse, um neue Exportchancen aufzuschließen. Dabei wird besonders der energiesparende Effekt der Transrapid-Strecke gegenüber herkömmlichen IC-Zügen hervorgehoben.

Wir meinen, daß es zu einer Ablehnung des Transrapid kommen muß. Bei einer Gesamtbetrachtung sind die

- Energiesparvorteile zweifelhaft;
- finanzpolitischen Risiken unübersehbar;
- Exportaussichten nebulös und unrealistisch;
- Unverhältnismäßigkeiten im Vergleich zu anderen - wesentlich wichtigeren und gleichzeitig extrem vernachlässigten - technologischen Zukunftsprojekten untragbar.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlich für den Inhalt
des Sozialdemokratischen Pressedienstes
Rudolf Schwinn



1. Zweifelhafte Energiesparpotentiale

Um die 25 Prozent Energieeinsparung soll Transrapid gegenüber IC-Zügen bringen. Aber in den Energiebilanzen fehlt der Energieaufwand, der in den Streckenbau fließt. Stellt man außerdem in Rechnung, daß eine herkömmliche Schienenstrecke den Vorteil einer Mehrfachnutzung auch für andere Züge einschließlich des Güterfrachtverkehrs hat, ist die Behauptung der Energiesparvorteile nicht aufrechtzuerhalten.

Im übrigen ist das Energiesparpotential schienenungebundener Züge bei weitem technologisch nicht ausgeschöpft - zum Beispiel die Chance einer Energierückgewinnung durch Stromerzeugung der fahrenden Züge, wie das beim Elektromobil bereits intensiv versucht wird, wo neueste Erfahrungen zeigen, daß drei Viertel der eingesetzten Energie rückgewinnbar ist.

Überhaupt nicht berechnet wird, welche volkswirtschaftlichen Energiesparvorteile daraus erwachsen, wenn die Mittel für den Transrapid in die Modernisierung des schienenungebundenen Regionalverkehrs gesteckt würden.

2. Die finanzpolitischen Risiken

Die finanzpolitischen Risiken sind unüberschaubar. Dies gilt für den Streckenbau selbst wie für den Transrapidbetrieb, bei dem mit einem Auslastungsgrad gerechnet wird, der bisher nicht annähernd aus den Verkehrsströmen ableitbar ist. Das ganze läuft auf eine Subventionierung einer Industrie und des Verkehrs von Geschäftsreisenden hinaus, damit diese einige Minuten früher ankommen. Ein neues Milliardengrab ist zu erwarten.

3. Nebulöse Exportaussichten

Die Finanzkrise ist zunehmend ein Problem aller Staaten. Es ist eine Schimäre, darauf zu setzen, daß andere Staaten in Zukunft viele Milliarden für den Import von Transrapid-Strecken und -Zügen ausgeben könnten statt sich auf die vorhandene Schienen-Infrastruktur und die Modernisierung schienenungebundener Züge zu konzentrieren.

4. Die falsche technologische Priorität

Es besteht kein Zweifel, daß es andere Technologien gibt, die ökologisch wesentlich wichtiger sind und vielfach größere - und gesicherte (!) - ökonomische Perspektiven und Exportaussichten haben als der Transrapid. Das herausragende Beispiel dafür sind Technologien zur Energieeinsparung im Kraftwerkbereich und zur Nutzung erneuerbarer Energien - von Brennstoffzellen bis zu Solarzellen. Magere 300 Millionen DM werden dafür im Forschungshaushalt bereitgestellt. Für Einführungsprogramme ist kein Geld da. Mit den 5,6 Milliarden DM, die die Bundesregierung allein für die Transrapidstrecke bereitstellt, ließe sich ein industrielles Einführungsprogramm für Solartechniken finanzieren, das allein zu mehr als 100.000 neuen Arbeitsplätzen führt und uns eine internationale technologische Spitzenstellung garantieren würde.

Das Urteil über Transrapid lautet: technologiepolitisch wird damit das Thema verfehlt. Es ist die völlig falsche Priorität. Wir brauchen das Geld für wichtigeres.

Wir fordern, daß endlich die richtigen ökologisch-ökonomischen Prioritäten gesetzt werden und das Transrapid-Projekt mindestens solange zu den Akten gelegt wird, wie wir unsere dringenderen verkehrs- und energiepolitischen Hausaufgaben nicht gemacht haben.

(-/25. April 1994/hgs/ks)

Regierung unterwirft sich den Arbeitgebern

**Arbeit und Ausbildung für Jugendliche besser als sozialpflegerische Kompensation der
Folgeschäden von Arbeitslosigkeit**

Von Ralf Walter MdB

Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Regierungsamtliches Abwarten, Hoffen und Appellieren löst nicht die Probleme arbeitsloser Jugendlicher. Vier Jahre Regierungserfahrung sollten diese Einsicht auch bei der Jugendministerin gefördert haben. Ihre Folgerungen indessen aus einem Gespräch mit dem deutschen Arbeitslosenverband belegten diese Einsicht nicht.

Die Regierungspraxis heißt Deregulierung am Arbeitsmarkt und damit Abbau von Standards der Sozialpolitik. Dies sind Unterwerfungsrituale gegenüber den Arbeitgebern. Als Gegenleistung erwartet die Bundesregierung ein dem Arbeitsmarkt zuträgliches Verhalten der Unternehmen. 'Noch stärker als bisher', so verlautbart das Jugendministerium, wolle die Bundesregierung 'auf die Wirtschaft einwirken'. Die Formel belegt die Verlegenheit der Ministerin, die nicht mehr zeigt als ihren guten Willen.

Die Förderung der außerbetrieblichen Ausbildung in den neuen Ländern ist im Grundsatz begrüßenswert und wichtig. Doch was, wenn die betrieblichen Ausbilder daraus die Erkenntnis ziehen, die Ausbildung durch den Staat sei für sie viel billiger? Das Ende jeglicher Ausbildungstätigkeit der Betriebe wäre die Folge. Die Bundesregierung begegnet dieser Gefahr nicht.

Maßnahmen der aufsuchenden Sozialarbeit bei über längere Zeit arbeitslosen Jugendlichen sind zweifellos vordringlich. Sie sind aber auch das Merkmal einer Politik, die erst aktiv wird, wenn das Kind schon im Brunnen liegt. Ihre Defizite überläßt diese Politik den Sozialarbeitern, die einen Zustand therapieren sollen, den ursächlich nur die Politik beheben kann. Dort muß endlich auch beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit das Prinzip 'Arbeit statt Sozialhilfe' die oberste Priorität haben.

Ein konstruktiveres Herangehen an den SPD-Entwurf für ein neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz durch die Koalition wäre daher nur wünschenswert. Denn das Thema Arbeitslosigkeit ist zu ernst, um seine Lösung parlamentarischen Ritualen zu opfern.

(-/25. April 1994/hgs/ks)

DOKUMENTATION

Wir müssen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Die Menschen erwarten, daß wir handeln

Von Adl Ostertag MdB

Das Arbeitsförderungsgesetz ist jetzt ein Vierteljahrhundert alt. Über viele Jahre, als die Arbeitslosigkeit noch als vorübergehendes Problem galt, hat es gute Dienste geleistet.

Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts haben aber sehr deutlich gezeigt, daß es dem strukturellen Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht mehr gerecht wird.

Das Instrumentarium des AFG reicht auch nicht mehr aus, den technischen Wandel, die demographischen Veränderungen bei den Erwerbspersonen, die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit sowie die starken regionalen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt zu bewältigen.

Der Zusammenbruch ganzer Industriezweige in den östlichen Bundesländern, die Umstrukturierungsprozesse in Europa und die Internationalisierung der Wirtschaft sind weitere Gründe dafür, daß das Arbeitsförderungsgesetz keine ausreichenden Antworten mehr geben kann für die Herausforderungen des Arbeitsmarktes.

Zusätzlich wurde das AFG durch mehrere Novellierungen nicht reformiert, sondern deformiert und teilweise bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

I.

Wer heute an das im AFG formulierte Vollbeschäftigungsziel staatlicher Politik erinnert, wird mitfühlend belächelt. Diese Regierung hat längst vor der Beschäftigungskrise kapituliert und verfolgt eine hilflose Politik, die alles den Selbstheilungskräften des Marktes überläßt. Aktive Arbeitsmarktpolitik findet aus ideologischen Gründen kaum noch statt. Die Regierungsparteien opfern große Teile des noch vorhandenen Instrumentariums einer kurzatmigen Finanzpolitik und den Deregulierungswünschen der Wirtschaft.

Der Bundesarbeitsminister hat mehrfach gefordert, wir sollten uns "in einen Kreativitätswettbewerb begeben". Ich frage mich nur, warum er diese Forderung selbst nicht ernst nimmt.

Kreativ sind er und diese Regierung, wenn es darum geht, ihre Untaten sprachlich zu vernebeln. Jüngstes Beispiel ist das sogenannte "Beschäftigungsförderungsgesetz", das gerade nicht die Beschäftigung, sondern im Gegenteil die Arbeitslosigkeit fördert. Auch mit dem "Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm", wird weder gespart, noch konsolidiert oder Wachstum erreicht, sondern Sozialabbau mit der Abrisßbirne betrieben.

Diese Politik führte bisher nur zu noch mehr Arbeitslosigkeit und somit zu höheren gesellschaftlichen Kosten. Von den sozialen, psychologischen und politischen Folgen einmal ganz zu schweigen. Dahinter steckt die Ideologie der Ellenbogengesellschaft. Sie (die Regierung - d. Red.) wollen den Starken und Leistungsfähigen gefallen. Die Schwächeren und Leistungsgeminderten drängen Sie (die Regierung - d. Red.) hingegen weiter an den gesellschaftlichen Rand.

Steigt die Arbeitslosigkeit noch weiter, geht es mit unserer Demokratie bergab: Wir alle sollten wissen, daß nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern bereits die Angst davor die allgemeine Politikverdrossenheit vertieft und die Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft fördert.

Die Frage, wie sozialer Friede in Deutschland erhalten werden kann, hängt davon ab, wieviele Menschen wieder in Erwerbsarbeit gebracht werden können. Daher müßte sich die Bundesregierung jetzt endlich der zentralen Herausforderung in unserer Gesellschaft stellen: Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

II.

Wir Sozialdemokraten wollen mit einem durchdachten Gesamtkonzept die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen. Ein Blick in den Entwurf unseres Regierungsprogramms belegt: Das ist die Aufgabe Nummer 1 einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Bestandteil dieser Strategie ist die Ablösung des AFG durch ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz.

Mit diesem Programm werden wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Verbindliche Vorschriften sorgen dafür, daß die Arbeitsämter das Geld, das ihnen zur Verfügung steht, voran-

gig für die Arbeitsförderung ausgeben. Vor allem wird es Zuschüsse für Projekte geben, die ökologischen, sozialen und kulturellen Zielen in der jeweiligen Region dienen.

Die aktiven Instrumente der Arbeitsmarktpolitik werden gestärkt und in Richtung auf Strukturförderung erweitert. Wir wollen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt gleichermaßen beeinflussen, Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitisches Ziel in den Mittelpunkt stellen und über einen Regelmechanismus sicherstellen, daß über einen Zeitraum von vier Jahren mindestens 50 Prozent der arbeitsmarktpolitischen Ausgaben in die aktive Arbeitsmarktpolitik fließen.

Da niemand dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sein soll, haben wir verbindliche Rechtsansprüche formuliert. Jeder Arbeitslose erhält nach sechs Monaten Anspruch auf einen Eingliederungsplan. Darin werden gemeinsam mit dem Arbeitsberater die geeigneten Fördermaßnahmen festgelegt, zum Beispiel berufliche Fortbildung oder Umschulung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Beschäftigung in einem sozialen Betrieb oder eine Kombination mehrerer Maßnahmen.

Wir bieten Hilfen für die benachteiligten Gruppen wie ältere Arbeitnehmer, Behinderte oder Jugendliche ohne Berufsausbildung. Mit einer gezielten Frauenförderung werden wir einen Beitrag leisten zur Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt.

Die jeweiligen Regionen kennen ihre Probleme am besten. Deshalb erfordert eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik einen Umbau der auf zentraler Weisungs- und Finanzhoheit ausgerichteten Arbeitsverwaltung hin zu mehr regionaler Verantwortlichkeit. Die notwendige Verwaltungsvereinfachung und der Abbau der extremen Verrechtlichung wird die örtliche Verantwortlichkeit stärken. Eine effektive Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik kann nur gelingen, wenn regional entwickelte, in Kenntnis der konkreten Arbeitsmarktdéfizite geplante Beschäftigungsprojekte verwirklicht werden können.

Die Verteilung der Haushaltsmittel auf die einzelnen Landesarbeitsämter und Arbeitsämter muß weiterhin zentral bestimmt werden. Über die Verwendung der Mittel entscheiden die Arbeitsämter dann selbständig in Zusammenarbeit mit Vertretern von Gewerkschaften, der Arbeitgeber und Kommunen.

Die Arbeitsämter, die Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, zu bloßen Stempelbuden degradiert haben, werden zu modernen Dienstleistungszentren ausgebaut und stellen ihren Service für Arbeitslose und Arbeitgeber in den Vordergrund. Vor allem gilt das für die Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung, die in Zusammenarbeit mit Betrieben, Maßnahmeträgern, Gemeinden, Verbänden und Selbsthilfegruppen durchgeführt wird.

Das ASFG ist Teil eines Gesamtkonzeptes für Modernisierung, Beschäftigung und umweltverträgliches Wachstum. Eine Intelligente und gerechte Verteilung der Arbeit gehört ebenfalls zu unseren beschäftigungspolitischen Vorstellungen.

III.

Unser Vorschlag eines zukunftsweisenden Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes findet breite Zustimmung. Er ist nicht nur eine parlamentarische Initiative der Opposition, sondern ebenso eine politische Forderung der Gewerkschaften und Kirchen, der Sozialverbände und Arbeitsloseninitiativen, von Wissenschaftlern und Arbeitsmarktpraktikern.

Angesichts dessen sollten endlich auch die Regierungsparteien die Notwendigkeit der ernsthaften Auseinandersetzung erkennen und sich dem geforderten Ideenwettbewerb nicht länger entziehen.

In der ersten Lesung unseres Antrages am 25. März 1993 haben Sie keinerlei Bereitschaft zum Dialog erkennen lassen. Mit gängigen und bekannten Floskeln unterstreichen Sie seither nur Ihre verheerende Politik der sozialen Demontage.

Sie werden sich erinnern, daß die öffentliche Anhörung im Juni 1993 vor dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung Konsens für den Grundansatz des SPD-Vorschlages ergab, das Vollbeschäftigungsziel wieder in den Vordergrund der wirtschafts- und sozialpolitischen Debatte zu rücken.

In der Anhörung bestätigen und unterstützen die Gewerkschaften, Kirchen, Träger, Frauenorganisationen und weite Teile der Wissenschaft unseren Antrag. Obwohl die Bundesanstalt für Arbeit in die gleiche Richtung argumentierte wie der SPD-Antrag, hält sie aber eine Ergänzung des bestehenden AFG für ausreichend.

Die Arbeitgeber verhielten sich widersprüchlich. Ihre erste positive Stellungnahme relativierten sie: "Es handelt sich um eine umfassende Neukonstruktion des AFG, die - ungeachtet notwendiger Kritik - interessante Perspektiven aufzeigt".

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, Sie werden sich der Notwendigkeit der ernsthaften Auseinandersetzung und des Ideenwettstreits nicht entziehen können.

Kreative Vorschläge haben vor kurzem auch Wissenschaftler, Gewerkschafter, und Arbeitsmarktpraktiker geliefert und eine Alternative zur derzeitigen Regierungspolitik in Form eines "Memorandums für ein neues Arbeitsförderungsgesetz" vorgestellt. Diese Vorschläge decken sich weitgehend mit unserem Auftrag.

Die Menschen erwarten, daß wir handeln, daß wir die Geißel Massenarbeitslosigkeit aktiv und vorrangig bekämpfen. Diese Regierung hat dazu nicht mehr die Kraft und den Willen.

Wir Sozialdemokraten werden sie aber nicht aus der Verantwortung lassen und noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf einbringen.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird mit dem Arbeits- und Strkturförderungsgesetz nach dem 16. Oktober 1994 eine moderne Arbeitsmarktpolitik betreiben und die Massenarbeitslosigkeit offensiv bekämpfen.

(-/25. April 1994/hgs/ks)

* Rede vor dem Deutschen Bundestag am 22. April 1994